

Greenpeace-Aktion gegen  
Ölbohrungen in der Arktis



# Retter auf Abwegen

**Greenpeace** Die Umweltorganisation steckt im größten Umbau ihrer Geschichte. Der bindet viel Kraft – möglicherweise zu viel: Im Umgang mit Spendengeldern mangelte es an Kontrolle, deshalb konnten Millionen durch missglückte Währungs-Deals verschwinden.

Am Tag, an dem der Skandal für Schlagzeilen sorgte, blieb Greenpeace-Chef Kumi Naidoo ganz entspannt. Aufgewachsen in einem Township unter dem Apartheids-Regime, hat der Südafrikaner mit indischen Wurzeln schon Schlimmeres erlebt als ein paar verschwundene Millionen.

Und so twitterte der 49-jährige Spezialist für zivilen Ungehorsam am Montag vergangener Woche munter vor sich hin: Er wies auf seinen Vortrag über die Zersetzung der Macht hin. Gratulierte anderen Klimaschützern zum Geburtstag. Und riet „allen jungen Leuten da draußen: Setzt kein Vertrauen in die heutige Generation erwachsener Führungspersonen!“

Schade, dass Naidoo seinen eigenen Ratsschlag so wenig beherzigt hatte. Sonst wäre just an diesem Montag Greenpeace International (GPI), die von ihm geführte Dachorganisation der Umweltschützer in Amsterdam, nicht ins Zwielicht geraten: Sie hat bei riskanten Währungsgeschäften 3,8 Millionen Euro verloren (SPIEGEL 25/2014).

Ein Mitarbeiter der Finanzabteilung hatte im Alleingang und unter Umgehung von Vorschriften Devisenterminkontrakte im Gesamtvolumen von 59 Millionen Euro abgeschlossen, um Währungsrisiken für Greenpeace zu minimieren. Als ein Teil der Kontrakte fällig wurden, war Europas Währung anders als erwartet im Vergleich zu vielen anderen gestiegen.

Der Schaden geht über die verlorenen Millionen weit hinaus. Die selbst ernannten Regenbogenkämpfer, die sich oft unter Lebensgefahr von Kaminen hangeln, vor Walfangschiffe werfen oder der Arktis zuzuliebe in russische Kerker sperren lassen – als Akteure am Finanzmarkt? Für eine Organisation, die sich fast nur von Spenden und Beiträgen finanziert, ist das der Image-GAU. Von einem Tag auf den anderen war das höchste Gut gefährdet, das Greenpeace besitzt: die Glaubwürdigkeit.

Wie konnte es so weit kommen?

Hinter der Affäre steckt weit mehr als nur der folgenschwere Fehler eines Einzelnen. Die gesamte Organisation befindet sich im Umbruch. Der promovierte Politikwissenschaftler Naidoo will den Schwerpunkt der Arbeit, der traditionell in den Industrieländern lag, in Länder wie Brasilien, China, Indien und nach Afrika verlegen. Nur so könne der größten Bedrohung, dem Klimawandel, entgegengewirkt werden. „Wir müssen in den Schwellenländern ein Verständnis schaffen, dass wir die Erde verlieren, wenn sie dem Vorbild der Industrieländer folgen.“

Deshalb richtet Naidoo seit seinem Amtsantritt 2009 alle Kraft der Organisation darauf, in den aufstrebenden Ökonomien der Welt ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu schaffen. Ein Kraftakt, der Greenpeace

mächtig durcheinanderwirbelt. Der Neuaufbau ist außerdem kostspielig. Im Jahr 2012 setzte Greenpeace weltweit circa 90 Millionen Euro für Fundraising ein – ein Drittel aller Ausgaben. Nicht nur daran entzündet sich Kritik. In Zukunft sollen auch die Kampagnen nicht mehr zentral in Amsterdam koordiniert, sondern an mehrere nationale Büros delegiert werden. Das bedeutet: Es muss mehr koordiniert und kommuniziert werden. Besonders die Integration der verschiedenen Kulturen kostet derart viel Kraft, dass anderes vernachlässigt wurde – etwa die Finanzkontrolle.

Wäre GPI noch die straff organisierte Vereinigung, die sie einmal war, hätte es das Risiko in der Anlagestrategie gar nicht gegeben. Auf jeden Fall aber wäre in der Weltzentrale ein professioneller Krisenbewältigungsapparat angesprungen. Stattdessen eilte Naidoo nach Boston, um einen Preis für sein Engagement in Sachen ziviler Ungehorsam zu empfangen.

Als Naidoo am Donnerstag nach Amsterdam zurückkehrte, hatte Greenpeace Deutschland, die Sektion mit dem höchsten Spendenaufkommen, bereits 700 Fördermitglieder verloren. Greenpeace Schweiz, ebenfalls finanzstark, schrieb in einem Rundbrief an ihre Unterstützer von Bestürzung und Wut und bat „aus tiefstem Herzen um Entschuldigung“.

Doch während die Länderbüros aufgebrachte Spender besänftigten, blieben in der Zentrale viele Tische verwaist. Das Spitzenpersonal tagte in Arnheim, um Personalfragen zu diskutieren. Eine Personalie ist bereits geklärt: Der Mitarbeiter der Finanzabteilung, der die Kontrakte abgeschlossen hat, wurde gefeuert.

Tatsächlich ist das Kontrollvakuum in der Finanzabteilung durch die Umstrukturierung bei Greenpeace entstanden. Weil die Kampagnen delegiert werden, hat das Headquarter an Bedeutung eingebüßt. Kumi Naidoo ist selten vor Ort, er hat kein eigenes Büro dort. Viele der 150 Mitarbeiter werden gehen müssen, bestätigt Naidoo. Die Zentrale ist in Auflösung begriffen.

Der operative Chef Willem van Rijn suchte bereits im Dezember 2012 das Weite, sein Nachfolger kam erst im Mai 2013. In diesem führungslosen Zeitraum hatte ein Mitarbeiter der Finanzabteilung eine



Direktor  
Naidoo

**GREENPEACE**

Gründung	1979
Präsenz	in über <b>40</b> Ländern
Unterstützer	über <b>2,8 Mio.</b>
Einnahmen 2013	rd. <b>73 Mio. €</b>
weltweites Budget	rd. <b>300 Mio. €</b>
Hauptsitz von Greenpeace International:	Amsterdam

grandiose Idee: Er schloss in großem Stil und ohne Rückendeckung sogenannte „Forward contracts“ mit dem Währungsbroker Monex Europe ab. Die Eurokrise war noch nicht ausgestanden, und der Greenpeace-Mann war sich wohl sicher: Der Euro würde fallen.

Weil Greenpeace International regelmäßig große Summen an jene Länderbüros zahlt, die sich nicht selbst finanzieren können, kaufte er im Frühjahr Währungen ein: russische Rubel, chinesische Yuan, thailändische Bath – 14 insgesamt.

Nun sind Geschäfte zur Absicherung von Währungsrisiken in global agierenden Unternehmen üblich. Um flexibel rea-

gieren zu können, haben die meisten nur eine kurze Laufzeit von wenigen Monaten. Der Greenpeace-Mann jedoch schloss längerfristige Verträge ab: Währungskäufe im Wert von 36 Millionen Euro in 2013, weitere Verträge über 23 Millionen für 2014. Und der Euro stieg.

Das Management von Greenpeace International merkte erst im August 2013, auf welcher Zeitbombe es saß. Anwälte wurden angeheuert, doch die Verträge waren wasserdicht. Es gab kein Entrinnen.

Nun passierte der zweite Fehler: GPI schwieg. Greenpeace Deutschland wurde erst im März 2014 informiert, als die Verluste bereits bilanziert waren. Viele andere Büros erfuhren erst auf einem Treffen im Mai in Madrid davon. Doch auch dann drang kein Wort nach außen. Erst als der SPIEGEL vergangene Woche berichtete, bestätigte Greenpeace das Desaster.

Offizielle Begründung der Verschleierrungstaktik: Man habe die Abschlussprüfung durch die eigens angeheuerte Unternehmensberatung KPMG abwarten wollen. Selbstverständlich hätten sie die Verluste im demnächst erscheinenden Geschäftsbericht 2013 aufgelistet, einschließlich der prognostizierten Verluste der 2014 fälligen Kontrakte in Höhe von 2,1 Millionen Euro. Hatte das Management gehofft, die Sache kleinhalten zu können?

Möglicherweise unterschätzte Naidoo die Sprengkraft, die diese Nachricht entwickeln würde. Der Südafrikaner pflegt einen anderen Stil als seine beiden deutschen Vorgänger Thilo Bode und Gerd Leopold. Die Niederungen des Tagesgeschäfts sind seine Sache nicht. Der in Oxford promovierte Politikwissenschaftler versteht

sich weniger als Verwalter, eher als Botschafter in Sachen Klimawandel.

Unablässig jettet der hochgewachsene, charismatische Mann um die Welt, vom World Economic Forum zur Münchner Sicherheitskonferenz. Es gilt, die Welt zu retten, Firmen, Gewerkschaften, Religionsführer für den Kampf gegen den Klimawandel zu gewinnen. In seiner 70-Stunden-Woche bleibt kaum Zeit für Bilanzprüfungen.

Schon als Jugendlicher hatte Naidoo in seiner Heimatstadt Durban gegen das Apartheids-Regime gekämpft. Er war im Exil und arbeitete nach Nelson Mandelas Freilassung für dessen Bewegung ANC. Bis 2008 leitete er die Bürgerrechtsbewegung Civicus.

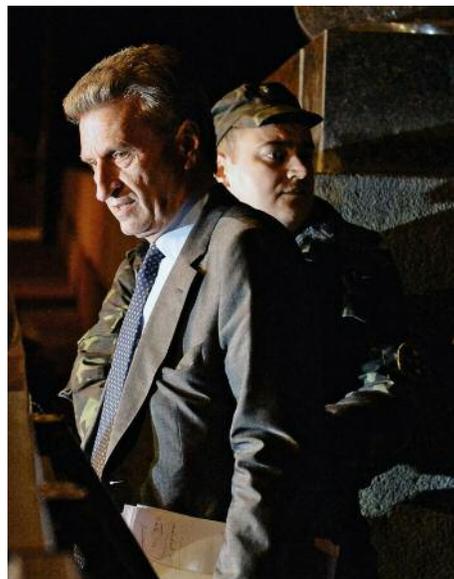
Mit Naidoo holte sich Greenpeace keinen in der Wolle gefärbten Umweltschützer, sondern einen Mann, der die Umweltfrage mit der sozialen Frage verbindet. Seine Leitbilder sind Mandela und Gandhi. Er sucht Kooperationen statt einzelne Siege. In Sachen Klimaschutz dürfe es keine Berührungspunkte mehr geben, sagt er.

Besonders bei den Deutschen erntet er Widerstand. Campaigner schrieben Brandbriefe. Sie fürchten, dass sie daheim die Schlagkraft verlieren, weniger eigene Akzente setzen können, wenn sie vorwiegend international eingesetzt werden. Hefigen Streit gibt es auch ums Geld. Wie viel muss Deutschland abgeben? Und muss man den Spendern nicht offen sagen, dass sich der Fokus geändert hat? Zur Neuausrichtung von Greenpeace gibt es nicht einmal eine Informationskampagne.

Die deutsche Geschäftsführerin Brigitte Behrens spielt den Widerstand herunter. Die ersten Erfahrungen hätten ergeben, dass das Delegieren von Kampagnen funktioniert. Die Unterstützer werden in den Greenpeace-Nachrichten regelmäßig über alle Aktivitäten unterrichtet. Auch seien deutsche Spendengelder von dem missglückten Kauf von Fremdwährungen nicht betroffen, versichert Behrens, da diese Spenden aufgrund der Vereinsstruktur von Greenpeace Deutschland und den strikten rechtlichen Auflagen nur für Kampagnen ausgegeben werden dürfen. Doch egal, wer schließlich bezahlt: Das Geld ist weg. „Ich bin sehr erschüttert“, sagt sie. „Das darf nie wieder passieren.“

Naidoo will versuchen, den Verlust bei Infrastrukturmaßnahmen einzusparen, nicht bei den Kampagnen. Das Kontrollloch sei geschlossen. Nun müssen alle Währungssicherungsverträge von der Geschäftsführung absegnet werden.

Doch der Imageschaden ist da. „Wir werden den Skandal überstehen“, glaubt GPI-Programmdirektor und Greenpeace-Veteran Pascal Hustig. „Aber ich war immer stolz darauf, dass Greenpeace eine reine Weste hatte. Diese Sache aber wird ewig an uns kleben bleiben.“ Michaela Schießl



## Angst vor dem Winter

**Energie** Europas Regierungschefs wollen enger kooperieren, um weniger von russischem Gas abhängig zu sein. Ein guter Plan, doch die Allianz hat Risse.

Eine über 200 Meter hohe Flamme loderte am vergangenen Dienstag aus der Gaspipeline mit dem schönen Namen „Bruderschaft“. Noch ist ungeklärt, wie es zu der Explosion der Leitung im Osten der Ukraine kam. Doch die Stichflamme zeigte, wie verletzlich die Energieversorgung Europas durch den Bürgerkrieg geworden ist.

Einen Tag zuvor hatte der russische Energieriese Gazprom verkündet, dass er die Ukraine künftig nur noch gegen Vorkasse beliefern wolle. Und weil etwa die Hälfte des russischen Gases für Westeuropa durch die Ukraine fließt, müssen sich Europas Regierungschefs auf ihrem Gipfel kommende Woche in Brüssel mit einer drängenden Frage beschäftigen: Bleiben in Teilen der Gemeinschaft, wie schon mehrfach in den vergangenen Jahren, im nächsten Winter die Heizungen kalt?

Zugleich streiten die EU-Gewaltigen, wie und mit welchen Mitteln die Gasversorgung in Europa langfristig gesichert werden soll. Der polnische Premierminister Donald Tusk ist wild entschlossen, auf dem Gipfel mehr Solidarität von seinen europäischen Partnern einzufordern. Auch seine Kollegen sprechen gern von der sogenannten Energie-Union, die gegen Gazprom gebildet werden soll. Doch wenn es um die De-

### EU-Kommissar Oettinger in Kiew

200 Milliarden Euro für die Energie-Union

tails des Vorhabens geht, ist es wie so oft in der Gemeinschaft: Die nationalen Interessen laufen auseinander, und spätestens beim Geld hört die Freundschaft auf.

So will Tusk durchsetzen, dass die EU eine Art Einkaufsgemeinschaft bildet, die künftig mit den Russen verhandelt. Die Polen ärgert es kolossal, dass sie deutlich mehr als deutsche Großkunden für das Gas zahlen müssen.

Doch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) ist skeptisch. „Das sind aus guten Gründen privatwirtschaftliche Entscheidungen“, sagte er vorvergangenen Freitag bei einem Treffen der EU-Energieminister. Deutsche Versorger wie E.on oder Wintershall sind bisher gut mit den Russen zurechtgekommen, denen sie das Gas mit langfristigen Verträgen von bis zu 20 Jahren und günstigeren Konditionen abnehmen.

Diese alten Verträge sind es auch, die aus Sicht der Industrie die Solidarität in der EU begrenzen. Die Lieferung, erklärt ein hochrangiger E.on-Manager, sei in vielen Fällen an die Bedingung geknüpft, dass das Gas nicht reexportiert werden darf. Den Rohstoff im Notfall nach Osteuropa abzugeben, wie es die EU-Kommission plant, sei nicht ohne Weiteres möglich.

Die Brüsseler Behörde dagegen ist überzeugt, dass solche Klauseln zumindest in neueren Verträgen gegen EU-Recht verstoßen. EU-Kommissar Joaquín Almunia ermittelt unter anderem deshalb gegen Gazprom, und auch nach Auffassung seines Energiekollegen Günther Oettinger wäre es „rechtswidrig, wenn in den Verträgen steht, dass Gas nur in Deutschland verwendet werden darf“.

Streit gibt es auch über die Finanzierung der geplanten Energie-Union. Nach Berechnungen der EU-Kommission müssten bis zum Jahr 2020 rund 200 Milliarden Euro eingesetzt werden, um Pipelines und Stromleitungen so aufzurüsten, dass ein europaweiter Binnenmarkt für Energie entsteht. Doch die EU hat für die Projekte bislang nur 5,8 Milliarden Euro bewilligt.

Nicht einmal über die notwendigen Maßnahmen für den nächsten Winter sind sich die EU-Mitglieder einig. Im Schlusskommuniqué des Gipfels, das schon jetzt ausgehandelt wird, ist bislang nur davon die Rede, „existierende Notfall- und Solidaritätsmechanismen“ wie die Gaslagerung zu verstärken. Die Polen dagegen fordern konkrete Konzepte, wer in einer Krise Gas zu welchem Preis und welchem Volumen liefern muss.

Der Ton wird allmählich schärfer. „Es kann doch nicht sein“, klagt ein polnischer Diplomat, „dass wir uns in einer solchen Krise nicht auf etwas Substantielles einigen können.“ Frank Dohmen, Christoph Pauly